

**Beschluss (vorläufig) Gleichberechtigte Teilhabe jetzt – für eine Gesellschaft der Vielen in einer pluralen Demokratie!**

Gremium: Landesparteirat  
Beschlussdatum: 15.11.2020  
Tagesordnungspunkt: VL Vielfältige Partei in einem vielfältigen Land

## Antragstext

1 Nordrhein-Westfalen ist heute vielfältiger und bunter denn je. Vielfalt kann  
2 anstrengend oder mit Konflikten verbunden sein, aber Vielfalt ist nichts, was  
3 als solches verhandelbar wäre – sie ist schlicht Normalität, insbesondere in  
4 Nordrhein-Westfalen. Diese Tatsache anzuerkennen und im Sinne einer pluralen  
5 Demokratie zu gestalten, bedeutet: Menschen sind unterschiedlich, aber gleich an  
6 (Grund-)Rechten und Würde. Damit verbunden ist der Auftrag, die aktive,  
7 sichtbare und gerechte gesellschaftliche, wirtschaftliche und demokratische  
8 Teilhabe aller zu ermöglichen, Diskriminierung abzubauen und Ausgrenzung und  
9 Segregation zu verhindern. Auch struktureller bzw. institutioneller  
10 Diskriminierung muss entgegengewirkt werden. In einer freien Gesellschaft und  
11 einer liberalen Demokratie darf die Identität eines Menschen kein Grund sein,  
12 sie\*ihn schlechter zu stellen, auszugrenzen oder abzuwerten. Teilhabe und  
13 Mitbestimmung müssen jedem Menschen verbindlich gewährt werden – unabhängig von  
14 sozialer, ökonomischer, kultureller oder sprachlicher Verschiedenheit, von  
15 Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung, Lebensalter, der sexuellen Identität,  
16 einer Krankheit oder Behinderung.

17 Seit unserer Gründung setzen wir GRÜNE uns dafür ein, unsere vielfältige  
18 Gesellschaft inklusiv zu gestalten, damit alle Menschen ohne Angst verschieden  
19 sein können. Vieles haben wir erreicht, sei es im Staatsangehörigkeitsrecht, bei  
20 der Gleichberechtigung der Geschlechter, bei der Ehe für Alle oder bei der  
21 Inklusion. Und dennoch: Von einer gleichberechtigten Teilhabe für alle sind wir  
22 in NRW und Deutschland noch weit entfernt. Das Versprechen von Gleichheit in  
23 Vielfalt ist bislang unerfüllt. Es ist höchste Zeit, dies zu ändern.

24 So groß die Herausforderungen in allen Bereichen sind, so sehr ist derzeit  
25 insbesondere die Debatte um Fragen der Teilhabe von Menschen mit  
26 Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrung in den Fokus gerückt. In den  
27 letzten Monaten ist, ausgehend von dem rassistischen Anschlag in Hanau und von  
28 der „Black Lives Matter“-Bewegung, auch in Deutschland und NRW eine breite  
29 gesellschaftliche Debatte entstanden, wie Politik, Behörden und  
30 Zivilgesellschaft rassistischer Diskriminierung und Gewalt entgegentreten können  
31 und Privilegien kritisch hinterfragen müssen. Die Debatten um gesellschaftliche  
32 Anerkennung von Vielfalt und Migration sind nicht neu, aber sie sind in den  
33 letzten Monaten intensiver geworden – nicht zuletzt auch durch das Bekanntwerden  
34 rassistischer Netzwerke innerhalb der Polizei sowie des Verfassungsschutzes in  
35 NRW und anderen Bundesländern, aber auch in der Diskussion um die  
36 Unterrepräsentation von diskriminierten Gruppen in unseren Räten, Parlamenten  
37 und Parteien.

38 Die schwarz-gelbe Landesregierung und die Große Koalition im Bund reagieren auf  
39 diese Debatte mit Desinteresse, in Teilen gar mit bewusster Ignoranz. Statt die  
40 strukturellen Ursachen für das (strukturell) diskriminierende und zu Teilen

41 rechtswidrige Verhalten von Repräsentant\*innen staatlicher Behörden zu  
42 untersuchen, um darauf mit strukturellen Maßnahmen reagieren zu können,  
43 verklären die Innenminister Reul und Seehofer die bekannt gewordenen Fälle von  
44 Racial Profiling, rassistischer Polizeigewalt und rechten Chatgruppen und  
45 Netzwerken zu immer neuen „Einzelfällen“. Aber wer das Problem als strukturelles  
46 leugnet, wird auch nicht die Kraft finden, es zu lösen. Der Kompromiss der  
47 Großen Koalition im Bund zur Polizei-Studie verkehrt die Anliegen derer, die  
48 ihre Grund- und Menschenrechte zur Disposition gestellt sehen, in ihr Gegenteil.

49 Teilhabe und Vielfalt stärken, Demokratie fördern, Einwanderungsgesellschaft  
50 gestalten

51 Wir wollen unsere vielfältige Einwanderungsgesellschaft in NRW gestalten, indem  
52 wir strukturelle Benachteiligungen abbauen, Rassismus bekämpfen und Teilhabe  
53 fördern. Dabei stellen wir uns gegen Versuche, benachteiligte Gruppen  
54 gegeneinander auszuspielen, und betrachten Diskriminierungen individuell sowie,  
55 intersektional gedacht, in ihrer Verschränkung.

56 • Wir schaffen eine Landesantidiskriminierungsstelle zur Stärkung und  
57 Bündelung der Antidiskriminierungsarbeit sowie als Anlauf- und  
58 Beschwerdestelle für Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz  
59 und setzen uns für die Erarbeitung eines  
60 Landesantidiskriminierungsgesetzes ein, das die Rechte der\*des Einzelnen  
61 gegenüber staatlichen Institutionen stärkt.

62 • Wir wollen den öffentlichen Dienst, die Verwaltung auf kommunaler und  
63 Landes-Ebene, interkulturell stärker öffnen und dort die Vielfalt unserer  
64 Gesellschaft repräsentieren. Dafür wollen wir das Thema interkulturelle  
65 Öffnung ganzheitlich in die Personalentwicklung integrieren und spürbar  
66 mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mit interkultureller,  
67 multilingualer und internationaler Kompetenz den beruflichen Weg in die  
68 öffentliche Verwaltung ermöglichen.

69 • Wir wissen aus Studien, dass menschenfeindliche Einstellungen in Teilen  
70 unserer Gesellschaft fest verankert sind. Staatliche Institutionen sind  
71 ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse, müssen aber höchsten  
72 Erwartungen an Diskriminierungsfreiheit gerecht werden. Wir bekämpfen  
73 deshalb strukturellen Rassismus konsequent, auch bei Behörden. Dazu  
74 braucht es dringend eine aktuelle und unabhängige Studie zu rassistischen,  
75 menschenverachtenden und rechtsextremen Einstellungen bei den  
76 Beschäftigten in der Polizei NRW und im Verfassungsschutz NRW. Wir richten  
77 die Stelle einer\*eines unabhängigen Polizeibeauftragten ein und verankern  
78 die regelmäßige Rotation von Mitarbeitenden.

79 • Wir wollen die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte breit in unsere  
80 Bildungsarbeit verankern, denn unsere koloniale Vergangenheit ist ein  
81 integraler Bestandteil unserer Geschichte und die kritische Aufarbeitung  
82 muss auch immer Teil unserer Gegenwart sein.

83 • Wir lehnen Sprachchauvinismus ab, fördern Mehrsprachigkeit und sorgen mit  
84 dafür, diese in allen Lebensbereichen sichtbar zu machen. Dazu gehört  
85 auch, Mehrsprachigkeit in unseren Behörden aktiv einzusetzen. Die  
86 Internetseiten von Ministerien und Verwaltung müssen in vielen Sprachen

- 87 bereitgestellt werden. Dies gilt auch für andere Informationsangebote,  
88 etwa bezüglich der Gesundheitsaufklärung und -versorgung.
- 89 • Wir stärken und fördern interkulturelle Kompetenz, Demokratie und  
90 Menschenrechtsbildung: Bestandteil der Curricula von einschlägigen  
91 Berufsgruppen im öffentlichen Dienst, wie auch in privaten Einrichtungen  
92 sollten die Grundlagen von Menschenrechtsbildung und interkultureller  
93 Kompetenz sein.
  - 94 • Wir stärken die emanzipatorische Zivilgesellschaft und binden  
95 zivilgesellschaftliche Organisationen, Selbstvertretungs-Organisationen  
96 und Ehrenamtliche stärker in politische Entscheidungsprozesse ein.
  - 97 • Wir stärken die politische Teilhabe. Es kann nicht sein, dass Menschen,  
98 die ihren Lebensmittelpunkt seit Jahren in NRW hatten, nicht einmal an der  
99 Kommunalwahl teilnehmen können und ihnen damit die politische  
100 Mitbestimmung über unmittelbare Entscheidungen vorenthalten wird. Deshalb  
101 führen wir endlich das kommunale Wahlrecht auch für nicht-EU Bürger ein.
  - 102 • Wir „mainstreamen“ Diversity: Lange Zeit ist etwa „Integrationspolitik“  
103 als eigenständiges Politikfeld behandelt worden, dabei geht es immer  
104 stärker darum, alle politischen Maßnahmen als Querschnittsaufgabe  
105 daraufhin zu überprüfen, ob sie den Anforderungen einer vielfältigen  
106 Gesellschaft gerecht werden. Das bedeutet dann auch, einen diversity- und  
107 rassismuskritischen Ansatz in alle Themenfelder, von der Bildungs- bis zur  
108 Stadtentwicklungspolitik zu tragen und dafür zu sorgen, dass  
109 Bildungseinrichtungen diversitätssensibel und rassismuskritisch  
110 ausgerichtet und ihr Personal entsprechen geschult werden müssen.

#### 111 Vielfalt fängt bei uns selber an

112 Bei der Frage nach politischer Teilhabe und Vielfalt richten wir GRÜNE NRW den  
113 Blick nicht zuletzt auch auf uns selbst. Was wir von Gesellschaft und Staat  
114 fordern, müssen wir auch selbst umsetzen. Gerade Parteien sind gefordert, eigene  
115 strukturelle Ungleichbehandlungen abzubauen und aktiv auf mehr Diversität  
116 hinzuarbeiten. Als Grüne tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, dass  
117 sich die Vielfalt unserer Gesellschaft in unseren politischen Prozessen und  
118 Strukturen selbst widerspiegelt. Wir müssen selbstkritisch anerkennen, dass auch  
119 unsere Partei nicht frei von Diskriminierung ist und viele gesellschaftliche  
120 Gruppen, insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder  
121 Rassismuserfahrung, bisher deutlich unterrepräsentiert sind. Das betrifft unter  
122 anderem die Zusammensetzung der Mitgliedschaft, von Vorständen und Fraktionen  
123 auf allen Ebenen ebenso wie die Besetzung von Podien und die Auswahl von  
124 Expert\*innen. Dies hat strukturelle Ursachen, auf die wir mit strukturellen  
125 Maßnahmen antworten werden. Dabei ist uns klar, dass zum einen eine 1:1-  
126 Repräsentation aller Vielfaltsmerkmale schwer erreichbar ist und regionale  
127 Unterschiede berücksichtigt werden müssen.

128 Mit den Ergebnissen der AG Vielfalt des Bundesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE  
129 GRÜNEN sind wir auf einem guten Weg, um gleichberechtigte politische Teilhabe  
130 und Repräsentation zu ermöglichen und Diskriminierung entgegenzuwirken. Wir  
131 bekennen uns zu den entwickelten Instrumenten der AG Vielfalt – etwa die bessere  
132 Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt als verpflichtendes Satzungsziel, das

133 regelmäßig evaluiert wird; Empowerment-Maßnahmen über Mentoring und andere  
134 Programme sowie Institutionalisierung der Ziele über entsprechende Strukturen  
135 und Statute in unserer Partei.

136 Jetzt gilt es, die Ergebnisse der AG Vielfalt auch in NRW umzusetzen und den  
137 spezifischen Anforderungen auf der Landes-, aber auch auf der lokalen Ebene  
138 gerecht zu werden. Der Landesparteirat beauftragt den Landesvorstand, gemeinsam  
139 mit den Bezirksverbänden und -vorständen, der Grünen Jugend, der  
140 Landtagsfraktion, den Landesgruppen im Bundestag und Europäischen Parlament  
141 sowie der LAG Migration und Flucht Vorschläge für strukturelle Maßnahmen zu  
142 erarbeiten und diese einer Landesdelegiertenkonferenz spätestens im Sommer 2021  
143 zur Abstimmung vorzulegen. Dabei sollen Funktionsträger\*innen sowie  
144 Basismitglieder eingebunden und möglichst verschiedene Perspektiven abgebildet  
145 werden. Der Landesvorstand stellt zudem eine Struktur, beispielsweise im Grünen  
146 Netz, zur ersten Empowerment- und Netzwerkbildung zur Verfügung, über das auch  
147 die Einbindung der Basismitglieder erfolgen kann, die über von Diskriminierung  
148 und Machtungleichgewicht betroffene Differenzmerkmale verfügen.